

So darf es nicht weitergehen!

Es kann wirklich so nicht weitergehen. Immer mehr Arbeitslose und Armut, gleichzeitig immer mehr Reichtum für wenige. Alles wird teurer. Die „Kleinen“ müssen blechen, die „Großen“ drücken ihre Steuerschuld auf Null. In unserer Stadt werden demnächst die Müllgebühren steigen, im Waldschwimmbad sollen die Preise angehoben werden, bei der Musikschule will man draufsatteln, die Gerätemieten in „stadteigenen Räumen“ sollen angehoben werden. Kämmerer Vorndran will „die Bürger beim Sparen stärker mit einbeziehen“ und ärgert sich, wenn die DKP/OL mit Anträgen gegensteuert. Vorndran: „... das sind Spielchen, die demotivieren.“

Die Fraktion „DKP / Offene Liste“ in der Stadtverordnetenversammlung versucht alles, um neue Belastungen abzuwenden. Außerdem hat sie beantragt, einen Brief an den Deutschen Städtetag und den Städte- und Gemeindebund zu senden, in dem es heißt: „Anlässlich unserer Debatte zum Haushaltsplan 1998 wurde vorgeschlagen, für eine bessere Finanzausstattung der Städte und Gemeinden konsequenter als seither und öffentlichkeitswirksam zu streiten. Wenn Arbeiter und Angestellte, Schüler, Studenten und andere Gruppen für bessere finanzielle Bedingungen auf die Straße gehen, dann sollten Bürgermeister und Mandatsträger nicht zurückstehen. Wir schlagen vor, entschiedene Kampfmaßnahmen einzuleiten, damit wir endlich gehört werden. Wir halten es für möglich und notwendig, Zinsmorratorien zu diskutieren und eine Großdemonstration in Bonn durchzuführen.“

Unsere Stadt Mörfelden-Walldorf ist trotz Sparmaßnahmen und Kürzungen nicht mehr in der Lage, einen Haushalt ohne Defizit zu erstellen. Wichtige Aufgaben der Daseinsfürsorge können nicht mehr gelöst werden.

Um die kommunalpolitische Arbeit für die Bürgerinnen und Bürger zufriedenstellend erledigen zu können, müssen die Kommunen besser mit Finanzmitteln ausgestattet werden. Die kommunale Selbstverwaltung wird zur Farce, wenn den Kommunen immer mehr

Aufgaben übertragen werden, ohne daß sie die notwendigen Mittel erhalten und 75% aller größeren Städte nicht mehr über ihre Ausgaben entscheiden können und unter Aufsicht der Regierungsbezirke stehen.

Das vergangene Jahr hat neue Regelungen gebracht, die unseren Finanzrahmen noch mehr einschränken.

Im laufenden Jahr erwartet uns die Erhöhung der Mehrwertsteuer. Das wird die Stadt ca. 125.000 Mark im Jahr kosten.

Hilflos und einfalllos

„Man muß sich bewußt sein, daß wir uns gegenwärtig bei Kürzungen immer noch an der Peripherie bewegen und zum sogenannten Eingemachten erst noch kommen müssen, wenn wir- wozu wir verpflichtet- das Haushaltsdefizit abbauen bzw. ausgleichen sollen.“

Bürgermeister Bernhard Brehl zur Begründung der bereits beschlossenen aber auch der noch geplanten Kürzungen im sozialen Bereich und steigender Kosten für die Bürger.

Die Privatisierung der Bahn - und damit die Regionalisierung - kostet unsere Stadt in diesem Jahr ca. 360.000 Mark. Wir protestieren entschieden gegen alle Pläne, die darauf hinauslaufen, die Mittel der Kommunen weiter zu kürzen. Das immer wiederkehrende Wort „Finanznot“ wird von uns nicht mehr akzeptiert!

Wer Milliarden für den Eurofighter hat, sollte nicht von Finanznot reden.

Wir akzeptieren nicht mehr, daß unten repariert werden soll, was oben kaputtgemacht wird. Die Kommunen können nicht weiterhin Reparaturbetrieb sein. Das System ist krank. Bald 5 Millionen ohne Arbeit. Eine Besserung nicht in Sicht. Diese Entwicklung spüren wir auch in unserer Stadt.

Die entscheidende Ursache der jetzigen Krise besteht keineswegs in einem nicht mehr finanzierbaren Sozialsystem oder in zu teuren, aufgeblähten öffentlichen Verwaltungen. Hauptursache sind Steuergeschenke in Milliardenhö-

(Fortsetzung nächste Seite)

(Fortsetzung von Seite 1)

he, die die Großkonzerne seit Jahren einstecken.

Es ist deshalb eine Zumutung, wenn von „Zeiten knappen Geldes“ gesprochen wird. Geld ist da - nur in falschen Händen, und diese Bonner Regierung tut alles, daß es so bleibt.

Der „Stern“ brachte es kürzlich auf den Punkt: „Die einen schaffen, die anderen raffen!“

Die Reichen werden gehätschelt und die Armen ausgepreßt. Ungezählte Millionäre und viele Firmen drücken ihre Steuerschuld auf Null, während die Verkäuferinnen, die Fabrikarbeiter, viele Angestellte einen großen Teil ihres Einkommens an den Staat abliefern müssen.

Kein Wunder, daß da die Schere zwischen den Superreichen und den Armen immer größer wird.

Die einen sind arbeitslos, viele bangen um ihren Arbeitsplatz oder um ihre Rente, die anderen mehren an der Börse und mit Spitzengehältern ihr Vermögen.

So darf es nicht weitergehen, wir plädieren deshalb auch dafür, daß die Kommunen, die Bürgermeister, die Parlamentarier geeignete Kampfmaßnahmen einleiten.

(Resolutions-Antrag der DKP/OL im Stadtparlament Mörfelden-Walldorf)

Arm trotz Job

Wenn das Geld zu Ende geht, ist der Monat noch lange nicht vorbei. Diese Erfahrung machen immer mehr Arbeitnehmer-Haushalte. Selbst wenn ein Familienmitglied voll arbeitet, reicht das Einkommen oftmals nicht, um einen gesicherten Lebensstandard zu erreichen. (Untersuchung im Auftrag des nordrhein-westfälischen Arbeitsministeriums) 12,5 % der Bevölkerung in den alten Bundesländern gelten als arm; sie haben weniger als die Hälfte des Durchschnittseinkommens zur Verfügung. Erschreckend hoch sei das Risiko, trotz Vollzeitbeschäftigung in Armut zu geraten. Neun Prozent derjenigen, die in Erwerbstätigen-Haushalten leben, sind arm. Sie sind in der „Wohlstandsgesellschaft“ nicht mehr ausreichend abgesichert. Von „Wohlstand“ kann auch bei einem weiteren

Drittel der Haushalte nicht die Rede sein: Sie verfügen über weniger als 75 Prozent des Durchschnittseinkommens und kommen gerade so über die Runden. Das Armutsrisiko steigt, wenn es nur einen Verdiener gibt und dieser noch dazu alleinerziehend ist, wenn mehrere Kinder zu versorgen sind, oder wenn die Frau nur einen 620-Mark-Job hat.

Daran sollten sich auch diejenigen erinnern, die als Kommunalpolitiker, Stadträte oder Bürgermeister mit Scheuklappen vor ihrem immer dünner werdenden Stadtsäckel sitzen und meinen, mit Kürzungen im Sozialbereich und Erhöhungen der Gebühren den Haushaltsplan ausgleichen zu müssen.

HH

Müll und kein Ende

Das ist ein Skandal ersten Ranges! Der Kreistag beschloß, daß die Riedwerke, die die Abfallentsorgung des Kreises betreiben, Müll zur Verbrennung nach Darmstadt karren.

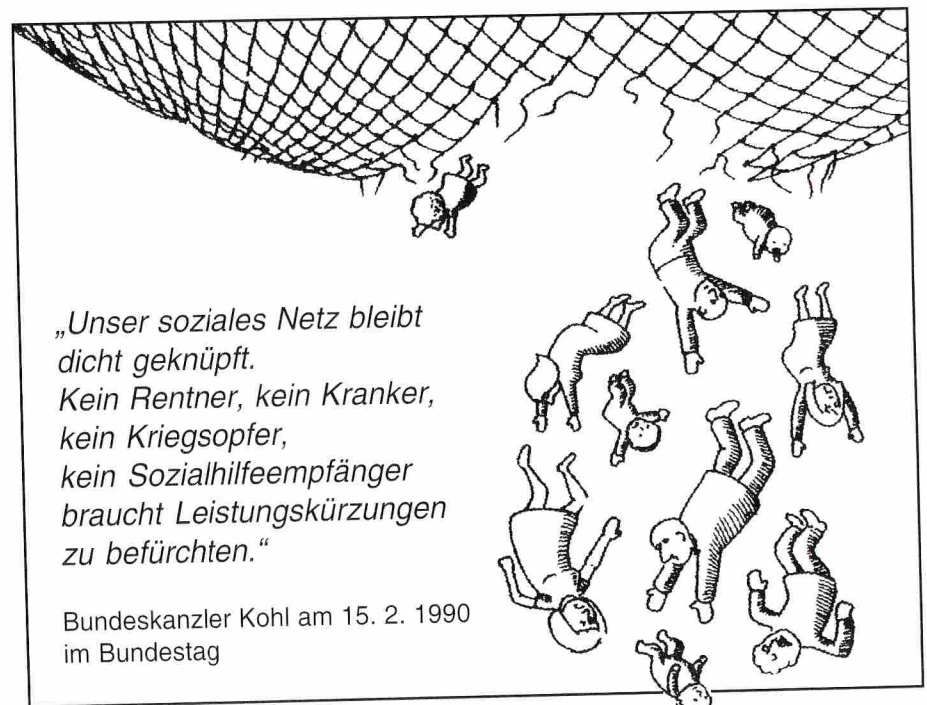
Dazu war ein Vertrag zum Beitritt in den Zweckverband Abfallverwertung Südhessen (ZAS) notwendig. Über diesen Vorgang wurde nun die Stadtverordnetenversammlung unterrichtet. Die Parlamentsvertreter können nur noch zur Kenntnis nehmen. Kann man schon grundsätzlich gegen die Müllverbrennung sein, weil sie die Wiederverwer-

tung als zweitrangig betrachtet und die Müllvermeidung durch Verpackungsreduzierung und Auflagen gegen Einwegverpackungen ignoriert, so hat die Sache auch eine finanzielle Komponente. Wegen der Verbrennung entstehen Mehrkosten. Restmüll und Sperrmüll, der in Darmstadt verbrannt wird, kostet 430,- DM pro Gewichtstone. Bisher kamen die Riedwerke mit 250,- DM aus. Damit steigt die Müllgebühr spätestens ab 1999 um ca. 60%. Die Mülldeponie Büttelborn hat auch noch Kapazitäten, um den Kreismüll aufzunehmen. Doch der Gesetzgeber, so wird argumentiert, hat sog. Sachzwänge - sprich Gesetze - geschaffen, die man nicht ignorieren darf.

Wir können uns nicht vorstellen, daß Bürgerinnen und Bürger diese Preissteigerung widerspruchslos hinnehmen werden. Es ist jetzt wirklich geharnischter Protest notwendig, um solche bürgerfeindlichen Beschlüsse rückgängig zu machen.

Unsere Stadt und unser Kreis stünden nicht allein, wenn sie wie andere Kommunen in Hessen den Klageweg beschritten und sich von der Müllmafia abkoppeln würden. (Beiläufig: Fast überall gehören die großen Müllverbrennungsanlagen den großen Energiekonzernen).

Die Obrigkeiten dürfen sich nicht wundern, wenn die Bürgerinnen und Bürger ihren Müll aus Protest demnächst vor den Rathäusern und Landratsämtern entsorgen.



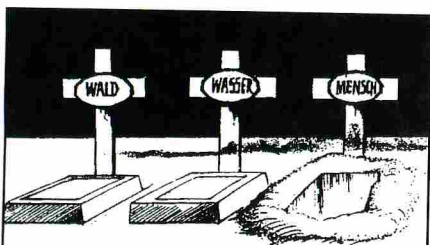


Alles Müller - oder was?

Nach der FR-Diskussion im Palmengarten machte es richtig Spaß morgens die Frankfurter Zeitungen zu lesen. Eiertänze bei Politikern und Parteien. CDU gegen Roth, SPD für Roth, SPD-Frankfurt gegen eine neue Startbahn, Sozialdemokraten in Wiesbaden wollen „über den Zaun hinausdenken“. Ganz regierungsfähig Alexander Müller, Fraktionsvorsitzender der Grünen im Landtag, er will die Inlandsflüge und die Europaflüge auf die Schiene verlagern und (nach einem Gespräch mit FAG-Bender): „Die Lücken könnten dann mit Interkontinentalflügen aufgefüllt werden.“ Damit könne für über 460.000 Flugbewegungen hinaus „Luft geschaffen werden“.

Vergessen offenbar, daß einst die Startbahn-West-Bewegung die Grünen in die Parlamente brachte - will dieser Herr Müller 15 Jahre später Luft schaffen für „über 460.000 Flugbewegungen“. Daß die Region bei heute 392.121 Starts und Landungen schon leidet, weiß oder interessiert ihn wohl nicht. Der Mann wird Karriere machen! Am besten in der F.D.P.

Möglicherweise denken nicht alle in der Grünen-Fraktion so wie der Fraktionschef. Dann sollten sie es bald öffentlich machen. Damit es nicht heißt: „Alles Müller . . .“.



„Es verbietet sich von selbst, mit irgendeinem Müslidenken zu glauben, man könne die Entwicklung aufhalten.“

Bundesverkehrsminister
Matthias Wissmann

Alles Fracht - oder was?

Die Luftfracht nahm 1997 um 2,5% auf 1,4 Millionen Tonnen zu.

Aus der Presse:

„Es werden elektronische Bauteile in Deutschland produziert, nach Taiwan geflogen, dort verpackt und wieder nach Deutschland zurückgefliegen.“

Pkw-Kunststoffbauteile in Asien billigst hergestellt und dann zur Montage hier eingeflogen.

Jeanshosen in Deutschland vorproduziert, in Asien genäht und wieder zurückgeholt.

Autokotflügel in Detroit gefertigt, nach Frankfurt geflogen und nach Turin gefahren“ etc., etc.

Der Unsinn rechnet sich. Einige machen Profite.

Aber: Der Wald schwindet und das Umland leidet unter Krach und Abgasen.



Die Flughafenregion hat das Kämpfen noch nicht verlernt. Bei einer Podiumsdiskussion im Frankfurter Palmengarten und beim „Stadtgespräch des hr“ meldeten sich viele zu Wort.

Das Allerletzte:

BENDER: Zwei Beratungsinstitute haben die Ergebnisverbesserung durch Synergieeffekte auf 300 bis 500 Millionen Mark im Jahr geschätzt. Ich bin kaufmännisch geschult. So etwas elektrisiert mich, ich finde solche Zahlen sogar äußerst sexy.

FNP

Kein Platz mehr auf dem Flughafen?

Aber: FAG-Chef Bender stellt sich auf dem Flughafen „einen Freizeitpark mit Rundkino und anderen Unterhaltungsmöglichkeiten“ vor und „Der Flughafen braucht eine Spielbank.“ (FR)

Meldung:

Im Jahre 1997 gab es auf dem Frankfurter Flughafen 392.121 Starts und Landungen.

(Ein Zuwachs zum Vorjahr von 1,9%).

Dafür kann man dann auch . . .

„Shopping in New York“ machen (1498,- DM) oder „Golfen rund um die Welt“ (WamS 14.12.97) oder „ . . . für 99 Mark nach München“ fliegen etc., etc.

Kerosin ist billig. Bonn ist taub.

**Keine
Flughafenerweiterung,
weder hier noch
anderswo!**

**Begrenzt die Zahl
der Flüge!**

**Besteuert das
Flugbenzin!**

Reduziert den Lärm!

**Nachts
darf überhaupt nicht
geflogen werden!**

**Die Grenze der
Belastbarkeit ist
überschritten!**

Wir wehren uns!

Wilhelm-Hammann-Preis 1998 wird vergeben

Am 25. Februar 1998 ist der 101. Geburtstag von Wilhelm Hammann, am 27. Februar wird erstmals der „Wilhelm-Hammann-Preis“ vom „Förderverein jüdische Geschichte und Kultur“ vergeben.

Der Lehrer Wilhelm Hammann, geboren am 25. Februar 1897, war Kommunist und ein weit bekannter Hessischer Landtagsabgeordneter vor 1933. Im April 1933 wurde er von den Nazis verhaftet, wieder freigelassen; kam später ins Zuchthaus Rockenberg und wurde am 27. August 1938 ins Konzentrationslager Buchenwald eingeliefert. Er bekam die Häftlings-Nr. 1224. In Buchenwald war er Blockältester im Kinderblock 8 und rettete 159 jüdischen Kindern das Leben. Am 11. April 1945, konnte er „seine“ Kinder in die Freiheit führen.

Im Juli 1945 schlug eine Versammlung von Bürgermeistern, fast ausschließlich Sozialdemokraten, den Besatzungsbehörden vor, ihn zum Landrat des Kreises Groß-Gerau einzusetzen. Am 17. Oktober 1945 erhielt er seine Ernennungsurkunde.

Der Kommunist Wilhelm Hammann war wegen seiner Konsequenz der US-Militärregierung bald ein Dorn im Auge, er wurde Opfer einer im einzelnen noch nicht geklärten Nachkriegsintrige und am 20. Oktober 1945 als Landrat abgesetzt. Im März 1946 wurde er von der US-Militärregierung verhaftet und nach Dachau gebracht. Dieses ehemalige Nazi-Konzentrationslager war jetzt ein amerikanisches Internierungslager. Hier warteten Nazigrößen und faschistischen Mörder aus Buchenwald und anderen Konzentrationslagern auf ihre Aburteilung.

Hier wurde der Antifaschist Wilhelm Hammann monatelang gefangen gehalten. Er schrieb in einem Brief: „Diese Zeit war schlimmer für mich als die vielen Jahre in Buchenwald.“ Trotz der eindeutigen Beweise für seine Unschuld bedurfte es des eindringlichen Protestes vieler Antifaschisten aus vielen europäischen Ländern, um Wilhelm Hammann zu rehabilitieren. Die Anklagebehörde bescheinigte ihm plötzlich seine „vollkommene antifaschistische Einstellung und seine Unbescholtenheit“. Dazu hatte es vierzehn Monate gebraucht.

Die öffentliche Würdigung von Wilhelm Hammann im Kreis Groß-Gerau ist eine



unendliche Geschichte. Immerhin, schon 1955 wurde in der Presse auf die Rettung der jüdischen Kinder in Buchenwald hingewiesen, am 17. 2. 1980 forderte der damalige Sprecher der VVN im Kreis Groß-Gerau, der Sozialdemokrat Albert Lehmann, eine Ehrung für Wilhelm Hammann. Lange Jahre geschah nichts. Die erste Anerkennung kam aus dem Ausland.

Im Oktober 1984 wurde Wilhelm Hammann in Israel hoch geehrt. Er bekam den Ehrentitel der Gedenkstätte Yad Vashem „Gerechter unter den Völkern“. Aber immer noch gab es Zögerlichkeiten in der Heimat. Die Ehrenurkunde von Yad Vashem landete zunächst in einer Vitrine im Landratsamt Groß-Gerau und wurde dort gemeinsam mit den Urkunden für Hühnerzüchter ausgestellt.

Nach der Ehrung in Israel gab es im Kreis Groß-Gerau erneut Versuche, eine ehrenvollen Würdigung zu erreichen. Die Vorschläge eine Schule oder eine andere Kindereinrichtung nach ihm zu benennen, schlugen fehl. Die Initiative der DKP von 1985, einen Wilhelm-Hammann-Preis oder eine Stiftung einzurichten, wurde ignoriert. Bis heute gibt es im Kreis nur eine kleine Straße mit seinem Namen. Hauptschwierigkeit für eine Ehrung: Wilhelm Hammann war Kommunist.

Nach Jahren der Ruhe hatten neue Initiativen Erfolg. Am 1. Juli 1996 wurde vom „Förderverein jüdische Geschichte und Kultur im Kreis Groß-Gerau e.V.“ ein Beirat zur Vergabe eines „Wilhelm-Hammann-Preises“ gebildet.

Der Wilhelm-Hammann-Preis soll nun am Freitag, den 27. Februar 1998, um 11 Uhr, im Stadtmuseum Groß-Gerau zum ersten Mal an Schülerinnen und Schüler vergeben werden.

Ein würdige Ehrung für einen würdigen Mann. Ungezählte Artikel, Resolutionen, Gespräche und Briefe waren notwendig, bis es soweit war. Der lange Atem führte zum Erfolg. In seiner Heimat wird Wilhelm Hammann geehrt.

**Jede Mark hilft dem
»blickpunkt«!**

Unser Konto:
Kreissparkasse Groß-Gerau
Konto-Nr. 9003419,
BLZ 50852553

VHS - Gebühren - Teilnehmerzahlen

Volkshochschule, die Betonung liegt auf Volk. Gegründet um die Volksbildung zu heben, hat diese Institution eine gute Bilanz aufzuweisen. Im Laufe der Jahre hat sich die VHS gewandelt. Freizeitaktivitäten, meist künstlerischer Art, sind dominant. Reisen werden angeboten, man weiß, daß reisen bildet. Hier soll jedoch keine Kritik geübt werden an diesen Angeboten. An Allgemeinthemen wie politischer Bildung, aktueller Fragestellung (Gesellschaft, Geschichte, Politik, Wirtschaft) herrscht jedoch ein Mangel (auch mangelndes Interesse?). Wurden 1986 114 Teilnehmer bei solchen Kursen und Seminaren gezählt, so waren es 1996 nur noch 14 und 1997 23.

An dieser Statistik läßt sich ebenfalls der Zusammenhang zwischen Gebühren und Teilnehmerzahlen verfolgen. So sank die Teilnehmerzahl 1991 um ca. 30% nach einer Anhebung der Gebühren. Gleiches erfolgte in 1996, wenn auch nicht so drastisch. Nahmen 1990 4679 Personen das Bildungsangebot an, so waren es 1997 nur 2986. Sollte mit der Gebührenpolitik das Ziel Volksbildung verfehlt werden? Wir wissen, daß sich das Land aus der Mitfinanzierung verabschiedet hat. Die Stadt betreibt die VHS seit 1997 in eigener Regie, der Kreis gibt mäßige Zuschüsse. Die Bildung der Bürger sollte uns einiges wert sein.

8. März 1998 Gegen die Ellenbogengesellschaft

In einer Zeit, in der sich die Ellenbogengesellschaft immer mehr durchsetzt, die Arbeitslosigkeit jeden Monat einen neue Rekordhöhe erreicht, Sozialabbau auf allen Ebenen stattfindet, Gewalt gegen Kinder und Frauen zunimmt, müsste der diesjährige Internationale Frauentag eigentlich ein großer Aktions- und Protesttag sein. Das ist aber nicht so. Sicherlich, Frauen haben in den vergangenen Jahren Erfolge erzielt. Bessere Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten, traditionelle Rollenbilder wurden aufgebrochen. Es gibt Frauenförderpläne, Frauenbeauftragte, finanziell geförderte Frauenprojekte, unzählige Initiativen, Ministerinnen, Frauenausschüsse und vieles mehr. Da aber derzeit den Kommunen immer weniger Gelder zur Verfügung stehen und sich der Gang in eine marktradikale Republik fortsetzt, betrachtet man diese Errungenschaften zunehmend als Luxus und setzt sie leichtfertig aufs Spiel. Wir Frauen müssen uns aber auch die Frage stellen, wie fantasievoll und kämpferisch eigentlich die Frauenbewegung noch ist. Die Bundesrepublik Deutschland gehört nach wie vor zu den materiell reichsten Ländern der Welt. Die hier lebenden Menschen haben mit ihrem

Fleiß und ihren Ideen die Voraussetzungen dafür geschaffen. Doch der gesellschaftlich erarbeitete Reichtum wurde stets ungerecht verteilt. Die Frauen bekamen dabei fast immer das kleinste Stück vom Kuchen ab. Und heute? Die schwer erkämpften sozialen Errungenschaften werden den Studentinnen und Schülerinnen, den Frauen in den Betrieben, den Familien und den Alleinerziehenden wieder genommen. Und die hier lebenden Ausländerinnen müssen zunehmend mehr, um ihre elementaren Rechte bangen. Viele aktive Frauen haben sich in den letzten Jahren zurückgezogen oder auch dank der Frauenbewegung Karriere gemacht, ihre Einflußmöglichkeiten aber nicht unbedingt auch für Frauen genutzt. Es gibt keinen anderen Weg, als für Veränderungen zu streiten, sich in soziale Auseinandersetzungen einzumischen und dabei zu lernen. Wer sich nicht einmischt, verändert nichts und alles bleibt so, wie es eben ist. Wir haben eine Verantwortung für eine gesunde Umwelt, für soziale Gerechtigkeit und dafür, daß wir die Geschichte der Frauenbewegung nicht vergessen. Denn wer sich selbst vergißt, wird morgen vergessen sein.

Helga Fritz

Anläßlich des diesjährigen Internationalen Frauentages fahren Vertreterinnen des Frauenforums und des Frauentreffs sowie Frauen aus der holländischen Partnerstadt Wageningen vom 6. bis 8. März nach Vitrolles. Die Gastgeberinnen sind Frauen, die sich in Vitrolles aber auch darüber hinaus, aktiv für Toleranz, Menschenrechte und Humanität einsetzen. Solche internationale Treffen haben bereits Tradition. Denn seit Jahren treffen sich Frauen aus den Städten Vitrolles, Mörfelden-Walldorf, Wageningen und zwischenzeitlich auch auch Gödöllö in Ungarn und Laslovo im ehemaligen Jugoslawien, um den Internationalen Frauentag gemeinsam zu gestalten. Diese guten Kontakte haben dazu geführt, daß 1994 in Wageningen ein Frauennetzwerk ins Leben gerufen wurde, daß zur besseren Verständigung, Toleranz und Solidarität beitragen soll. Das ist umso notwendiger, da die Gewalt gegen Ausländerinnen und Ausländer sowie Andersdenkende in den europäischen Ländern erschreckend zugenommen hat. Wie aus einer Erhebung von Eurostat, dem Statistischen Amt der Europäischen Union, hervorgeht, beträgt der Anteil rassistisch gesinnter EU-Bürger über 30 Prozent. Viele Frauen und ihre Familien sind Opfer dieser traurigen Bilanz, aber auch Frauen tragen zu dieser Bilanz bei. Der Frauentreff und das Frauenforum fahren nach Vitrolles, um den Frauen dort Mut zu machen, damit sie sich erfolgreich gegen die rassistische und sexistische Politik der „Front National“ wehren können. Aber auch um selbst zu erfragen, was eigentlich in Vitrolles geschehen ist. Die Frauenbeauftragte der Stadt Mörfelden-Walldorf unterstützt die Frauen bei ihren Vorbereitungen. Nach Beendigung der Fahrt wird eine Veranstaltung zum Aufenthalt in Vitrolles vorbereitet.

H.F.



Der „blickpunkt“ feierte den 100. Geburtstag von Bertolt Brecht im Gewölbekeller des „Goldenen Apfel“. Der Keller „gerappelt“ voll, die Stimmung gut. Es wurde mitgesungen und mitgedacht. Rudi Hechler stellte Brechts Leben und Werk vor, Gerd Schulmeyer, Erich Schaffner und Ernst Hechler sangen, rezitierten Gedichte. Ein schöner Abend.

**Der „blickpunkt“
freut sich immer auf
Leserbriefe**

Brauchen wir ein neues Baugebiet ?

Im Gebiet "Plassage-Lange Äcker" laufen noch die letzten Vorbereitungsmaßnahmen für den Kanal-, Wasserleitungs- und Straßenbau, sodaß frühestens Mitte 1999 die ersten Grundstücke bebaut werden können. In den ca. 17 ha großen Gebiet im Süden Walldorfs, sollen einmal etwa 2500 Menschen wohnen. Obwohl also dort noch nicht mit der Bebauung begonnen ist, wird schon wieder von einem neuen Baugebiet, genannt "Schulzengewann/ Auf den alten Wingerten" im Stadtteil Mörfelden, gesprochen. Die Planungen sind bereits angelaufen. Das Gebiet umfaßt ca. 14 ha und würde, je nach Bebauungsdichte, erneut die Einwohnerzahl um 1500 bis 2000 erhöhen. Das Gebiet befindet sich westlich des Bahnhofes und erstreckt sich nördlich der Post bis etwa zur Grünkompostierungsanlage.

Nun gut – rechtlich sind die Voraussetzungen gegeben. Diese Wachstumsmöglichkeiten sind gemäß Raumordnungsplan seit 1995 gegeben – die Stadt kann also, sie muß aber nicht. Laut Bürgermeister Brehl hat die Stadt nur noch dort und "An den Eichen" die Möglichkeit zur Bebauung. Um so mehr sollte die Einstellung Platz greifen, die Entscheidung über die letzten Baugebiete evtl. der nächsten, oder übernächsten Generation zu überlassen.

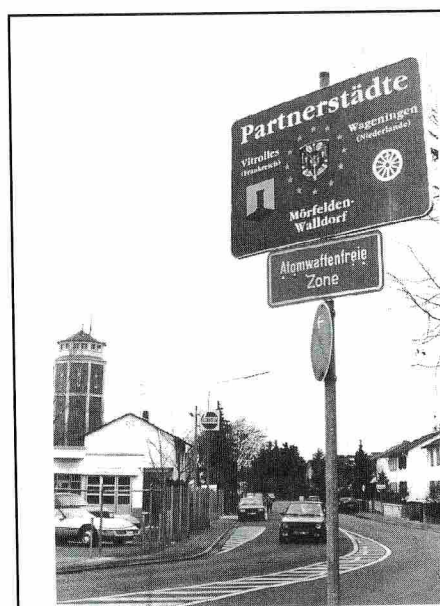
Es gibt sicherlich Gründe, die für eine weitere Bebauung sprechen. Da ist zum einen die immer noch vorhandene Wohnungsnot, die entsteht durch einen wachsenden Flughafen und immer größer werdendes Gewerbegebiet. Der Bürgermeister will uns auch glauben machen, nur mit der Planung eines neuen Baugebietes wäre die Möglichkeit geschaffen, einen Busbahnhof, „Park and Ride-“ und „Bike and Ride“-Plätze zu errichten. Als Abschwächung meint er noch, das geplante Gebiet sei ja nur eine Abrundung der vorhandenen Wohnbebauung. In Wirklichkeit stimmen diese Argumente nicht.

Es gibt genügend Gründe, die letzte bebaubare Fläche unserer Gemarkung so lange wie möglich frei zu halten.

Bebauung bedeutet weitere Landschaftsversiegelung, höheres Verkehrsaufkommen, steigenden Wasser- und Energieverbrauch. Der Stadt bringt dies erhebliche Kosten an Vorleistungen, aber auch Belastung der Wassergewinnungs- und Versorgungsanlage, sowie der Kläranlage und es entsteht weiterer Bedarf an Kindergärten und Sportstätten. Von guter Wohnqualität in diesem Gebiet kann bei der Belastung durch die stark frequentierte Bahnlinie und bei dem vorhandenen und noch steigendem Fluglärm, bestimmt nicht die Rede sein. Vorteile haben nur Bauträger die schon seit langem Druck auf die Stadt ausüben um dort ihre geplanten massiven und gewinnträchtigen Bauvorhaben ausführen zu können. Heinz Hechler

Der ewige Kandidat

Was hat er schon gestrampelt, was schon unternommen? Was wollte er schon alles werden? Stadtrat, Bürgermeister und Landrat. Alles nicht geklappt. Die Rede ist von Rudi Haselbach. Kläglich ist er jetzt bei der Landratswahl erneut gescheitert. Mit dem Hackebeil wollte er die Kreisverwaltung „verschlanken“ Mit dem Holzhammer „Personalabbau“ drohte er im Wahlkampf. Nun bekam er die Quittung. Er sollte sich merken: Hemdsärmeligkeit, Vollmundigkeit und wichtigtuerisches Gehabe zahlen sich nicht aus. Aber bald tritt er wieder an. Er hofft auf den Einzug in den Landtag.



Bernhard Brehl, Bürgermeister unserer Stadt, kann doch nicht machen was er will. Er mußte die Schilder „Atomwaffenfreie Zone“ wieder anschrauben lassen. Gut so.

Als er die symbolischen Schilder der Friedensbewegung vor Monaten entfernen ließ, argumentierte er: „es bestehe kaum noch die Gefahr eines Atomkrieges“.

Beim Schreiben dieser Zeilen sieht es aber ganz anders aus.

Jelzin warnt vor einem „Weltkrieg“. Die US-Regierung bereitet wieder einen Angriff auf den Irak vor. Erle-

digt soll das werden aus der Luft, kein US-Soldat soll dabei sterben, wohl aber viele Iraker. Den Diktator Saddam wird wahrscheinlich wiederum keine Rakete treffen und auch nicht seine Elitetruppen.

Bluten aber müssen irakische Menschen. Denn die Ziele der bewährten „chirurgischen Schläge“, noch vom letzten Golfkrieg aus dem Fernsehen bekannt, sollen die Produktionsstätten von B- und C-Waffen sein, und die werden in Wohnvierteln vermutet.

Wie viele Kinder sollen diesmal sterben? Golfkrieg und Embargo, Mangel an Medikamenten und Nahrungsmitteln führten bereits zum Tod von mehr als einer halben Million Kindern. Die Opfer sind Saddam ganz nützlich. Sie machen die US-Amerikaner noch verhaßter, festigen Saddams Stellung und die Solidarität unter arabischen Staaten. Zyniker können feststellen: der Weltpolizist USA killt zum Wohle Saddams.

Außerdem: Waffen werden getestet, die Rüstungsindustrie kann neue Serien auflegen. Kohl bietet Mithilfe an. Von der US-Air-Base starten nachts die Galaxy.

Für Friedensbewegte ein Grund, gegen irakische und US-Politik zu protestieren. rh



Auf Einladung der DKP „Linke Runde“ sprach Gregor Gysi im Bürgerhaus Mörfelden. Vierhundert Leute, viel Beifall und eine lebhaftige Diskussion. Dabei politisch interessierte Parteilose, Kommunisten, Sozialdemokraten, Grüne, sehr viele junge Leute. Auf dem Podium: Gerd Schulmeyer, Rudi Hechler, Gregor Gysi.

Gysi: „Die PDS steht für eine gerechte Sozialpolitik, für antikapitalistische, ökologisch verantwortungsbewußte und demokratische Inhalte“. Er begreift linke Kräfte im Parlament als Chance: „Unsere Aufgabe ist es, zu erreichen, daß alle die PDS als eine Bereicherung der politischen Auseinandersetzung erkennen.“ Rudi Hechler: „Man muß alles tun, damit die PDS mit Fraktionsstärke in den Bundestag einzieht“ und „In Frankreich, Italien und vielen Ländern gehören Sozialisten und Kommunisten ganz selbstverständlich zum Parteienspektrum, höchste Zeit, daß diese antikapitalistischen Kräfte auch in unserem Lande stärker werden!“

Der real existierende Kapitalismus

- ¼ der Menschheit lebt im Elend. Hinzu kommen 100 Millionen Menschen in den Industrieländern, die unterhalb der offiziellen Armutsgrenze leben.
- Das Durchschnittseinkommen der reichsten 20 Prozent der Bevölkerung ist heute 61 mal so hoch wie das der ärmsten 20 Prozent. Vor 30 Jahren war es 30 mal so hoch.
- Millionen Menschen sind obdachlos (davon 5 Millionen in den Industrieländern).
- Über 120 Millionen Menschen sind arbeitslos (darunter 35 Millionen in den Industrieländern), und 700 Millionen sind unterbeschäftigt. So werden ca. 30 Prozent der Weltarbeitskraft nicht produktiv eingesetzt.
- Fast 800 Millionen Menschen haben nicht genug zu essen; 500 Millionen sind chronisch unterernährt. In den "Entwicklungsländern" leidet über 1/3 aller Kinder an Mangelernährung und Untergewicht.
- Das Vermögen der 358 reichsten Menschen auf der Erde entspricht dem Einkommen der ärmsten 2,3 Milliarden.
- Millionen Erwachsene können weder lesen noch schreiben, davon 2/3 Frauen.
- Milliarden Menschen haben keinen Zugang zu Trinkwasser. In den "Entwicklungsländern" sterben jährlich 17 Millionen Menschen an heilbaren Infektionen oder parasitenbedingten Krankheiten wie Durchfall, Malaria oder Tuberkulose.
- Millionen Menschen sind HIV-positiv; 90 Prozent von ihnen leben in "Entwicklungsländern".

Verräterische Sprache

Berndt Seite, CDU-Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern:

„Im Land gibt es einen gesellschaftlichen Bodensatz vom 20% reformunwilligen und sozial schwachen Menschen.“

Große Überschrift auf einer Tafel bei der von der CDU geförderten Ausstellung über Widerstand bei Offizieren der Nazi-Wehrmacht:

„Als der Krieg sinnlos geworden war . . .“

Volker Rühle, „Verteidigungs“minister, vor der Debatte um den Eurofighter:

„Wenn es jetzt eine Golfkriegssituation gäbe, so wie damals, würde Deutschland sich beteiligen, und ich hätte die Möglichkeit.“

Trockenzeit im Therapeutikum

Als vor sieben Jahren das Altenhilfezentrum in Mörfelden gebaut wurde, sollte eine therapeutische Einrichtung das Angebot ergänzen. Damals fand man ein Stangerbad, ein Bewegungsbad und eine Praxis für Krankengymnastik, Massage, Sauna etc. für eine 31000-Einwohner-Stadt nicht als Luxusobjekt. Eine Menge Geld hat denn auch die Investition gekostet. Als die ehem. Betreiberin den Vertrag mit der Stadt kündigte, weil angeblich damit kein Geld zu verdienen sei, stand die Einrichtung trotz intensiver Bemühungen des Magistrats zwei Jahre leer. Die sog. Gesundheitsreform des Herrn Seehofer machte die Neuvermietung so schwierig. Wehrten wir uns vehement gegen die Schließung und Beseitigung des Bewegungsbades, so stellen wir heute fest: Nach Einzug eines neuen Pächters ist das Bad immer noch ohne Wasser. Die Unterhaltung des Bades ist angeblich zu teuer, so daß sich die Inbetriebnahme nicht lohne. Gradmesser für die Aktivierung sollte aber die Nachfrage und Auslastung sein. Notfalls ist auch die Bezuschussung durch die Kommune denkbar. Es ist zu hoffen, daß Ärzte, Gesundheitskommission und Vereine Druck machen, damit die vorbildliche Einrichtung wieder in Betrieb geht.



„Endlich trocknet der Landstraße Saum, ist der Schnee geschmolzen auf den Feldern...“. Dieses schöne Wanderlied werden die fünfzehn Mädchen und Buben von der Kindergruppe der Mörfelder Naturfreunde vor etwa vierzig Jahren anlässlich ihrer ersten Frühjahrs-Wanderung gesungen haben. Wie sich der damalige Gruppenleiter Ernst Hechler noch erinnert, führte die Zweitageswanderung zum Egelsbacher Naturfreundehaus, wo auch übernachtet wurde. Die „Ränzlein waren geschnüret“ und der Wimpel wurde vorangetragen - es war ein Erlebnis für die Neun- bis Zehnjährigen.



Auch die Namen der Kinder sind bekannt. Es sind vom Wimpel aus gesehen nach rechts: Karin Kursim, Monika Börner, Peter Küchler, Willi und Peter Gernandt, und Volkhard Kolb. Vom Wimpel nach links: Ingrid Leutner, Manfred Geiß, Erika Siegel, der Wimpelträger Erich Berk, Erika Bohl, Helga Brüsow, Karlheinz Schmidt, Inge Häfner, und Hans Glatt.

Probeexemplare bei der
„blickpunkt“-Redaktion

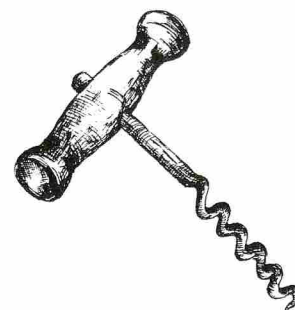
UZ

**Wochenzeitung
der DKP**

Bisky in Egelsbach

Der Vorsitzende
der PDS
Lothar Bisky
spricht am
12. März 1998,
20 Uhr,
in Egelsbach,
Bürgerhaus, Empore.

Unser Lexikon



**Stobbeziejer
Korkenzieher**